

***Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft***

IV/1997

DIE OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1996

MUSICA PRO PACE 1996

***BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:
KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG UND DESERTION***

MATERIALIEN UND DOKUMENTE

**herausgegeben vom
Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück und dem
Präsidenten der Universität Osnabrück**

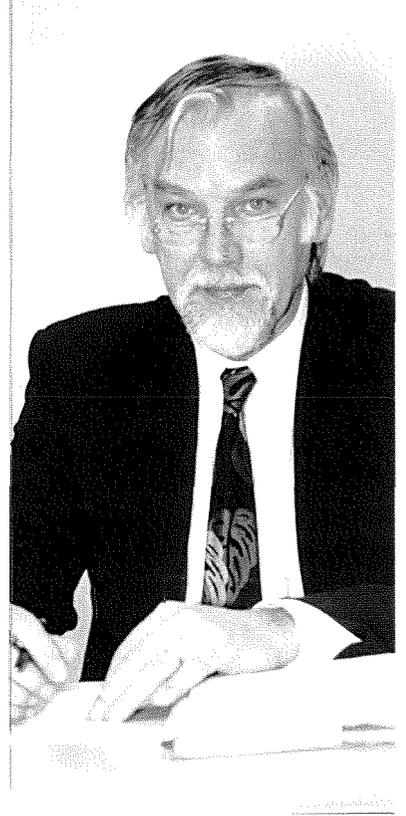
Universitätsverlag Rasch Osnabrück



Hans-Jürgen Fip



Ramis Konya



Rainer Tenfelde

Probleme des Zusammenlebens der Kulturen in Osnabrück

Podiumsdiskussion im Vortragssaal der Volkshochschule am 31. Januar 1996

Hans-Jürgen Fip, Mitglied des Stadtrates (SPD) und Oberbürgermeister

Ramis Konya, Vorsitzender des Ausländerbeirates 1992–1997

Prof. Dr. Rainer Tenfelde, Mitglied des Stadtrates (CDU), Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters bei der Kommunalwahl 1996

Nina Tschierse, Leiterin des NDR-Studios Osnabrück, Diskussionsleitung

Nina Tschierse: Hier vorn auf einer Tafel haben wir aufgelistet, wie viele Nationalitäten in dieser Stadt leben: Gut 120 sind es. Aus manchen Ländern kommen nur ein, zwei Leute, aus anderen, wie z. B. der Türkei, haben wir über 4.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Stadt. 16.000 Menschen, d.h. jeder zehnte Osnabrücker, jede zehnte Osnabrückerin, ist nicht deutscher Nationalität. Wir haben auch aufgeführt, welche Angebote zu multikulturellen Begegnungen es in Osnabrück gibt, wo man sich treffen kann, wo man Unterstützung findet. Als Ergebnis unseres Gesprächs wünschte ich mir, daß auf dieser Tafel nachher ein paar zusätzliche Ideen stünden: Was können wir miteinander tun, um das Zusammenleben möglichst sinnvoll zu gestalten?

Ich bitte zunächst Herrn Konya, uns seine Sicht der Dinge zu schildern. Wir haben bereits miteinander gesprochen – auf den ersten Blick scheint es keine großen Probleme zu geben. Wir wissen aber, daß es sie gibt. Ausländerfeindlichkeit ist leider kein Fremdwort mehr, wenn sie auch in Osnabrück nicht so deutlich wird. Der letzte Brand in Lübeck, dessen Ursache noch nicht geklärt ist, hat wieder die Menschen erschüttert. Herr Konya sollte die Gelegenheit haben, seine Sicht der Osnabrücker Politik und auch der deutschen Ausländerpolitik zu schildern. Ich würde Sie aber bitten, sich vor allem auf den Raum Osnabrück zu beziehen, damit wir miteinander reden und vielleicht auch etwas verändern können.

Ramis Konya: In Zeiten, als man sie rief, als es mit der deutschen Wirtschaft Mitte der fünfziger Jahre endgültig bergauf gehen sollte und zu wenige deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung standen – in diesen Zeiten sollten die sogenannten »Gastarbeiter« vor allem eines sein: stark, gesund und kräftig; kurz: funktionstüchtig.

Jene »Gastarbeiter« und ihre Familien, die nachzogen, um mit den Vätern und Ehemännern in Deutschland zu leben, sind heute fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Der größte Teil der nichtdeutschen Bürgerinnen und Bürger stammt aus der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien. Heute leben von den etwa 7 Millionen Nichtdeutschen ein Viertel schon 20 Jahre und länger in Deutschland, nahezu 40% haben Aufenthaltszeiten von mehr als 15 Jahren und über die Hälfte von mehr als zehn Jahren nachzuweisen.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer wird durch die hier geborenen Migrantenkinder gesenkt. Wenn sie hier geboren sind, beginnt ihr rechtmäßiger Aufenthalt ab dem Geburtstag. Das Geburtsdatum gilt als Einreisedatum in die BRD. Unsere Sprache nennt sie trotzdem – gedankenlos, aber doch nicht absichtslos – Ausländer. Obwohl sie, wie die Aufenthaltszeiten belegen, ein nicht mehr wegzudenkender Teil der Bevölkerung dieser Republik sind, oft schon hier geboren und hier zu Hause sind, haben wir für sie kein anderes Wort parat als für irgendeinen anderen Bewohner dieses Erdballs, der für ein paar Tage den Fuß über die Grenzen unseres Staates setzt. Diese Ausländer sind genau genommen Inländer – allerdings ohne die deutsche Staatsbürgerschaft. Dieser Personenkreis ist faktisch eingewandert, auch wenn diese Zuwanderung durch die politischen Entscheidungsträger nicht anerkannt wird. Das hat zur Folge, daß Ausländer, obgleich sie sozial Inländer sind, politisch wie rechtlich aus der Gemeinschaft der Staatsbürger ausgeschlossen und einem Sonderstatus zugeordnet werden.

Durch die Einbeziehung der EU-Bürger zu den Kommunalwahlen – sie machen ein Drittel aller in Osnabrück lebenden Nichtdeutschen aus, sie werden sich zum ersten Mal im September bei den Kommunalwahlen in Osnabrück beteiligen können, was durchaus eine positive Entwicklung ist – ist für alle sichtbar, daß eine Drei-Klassen-Gesellschaft eingeführt wird: Menschen mit vollen Bürgerrechten deutscher Nationalität, halbberechtigte Bürger europäischer Nationalität und Menschen ohne volle Bürgerrechte mit nicht-deutscher Nationalität.

Diese politische Klassifizierung ist der Integration der Nichtdeutschen in der BRD nicht dienlich. Sie fördert im Gegenteil die Isolation von Menschen aus anderen Kulturkreisen, die nicht zu diesen privilegierten Gruppen gehören. Ein portugiesischer Wanderarbeiter, der im Rahmen der Freizügigkeit für eine begrenzte Zeit nach Osnabrück kommt, um zu arbeiten, der mit seiner Umgebung wenig zu tun hat, darf wählen und somit indirekt auch mitentscheiden über Fahrradwege, Kindergärten, Hilfsprogramme für arbeitslose Jugendliche oder Drogenabhängige in unserer Stadt. Zwei Drittel der Nichtdeutschen dagegen, die teilweise seit 25 Jahren in Osnabrück leben, deren Kinder hier zur Schule gegangen sind, dürfen über den Fahrradweg, über Kindergartenfragen nicht mitentscheiden. Was der italienische Pizzabäcker als Bürger eines Mitgliedstaates der EU darf, das wird dem türkischen Gemüsehändler weiterhin vorenthalten. Ohne die rechtliche, politische und gesellschaftliche Gleichstellung wird bewußt die Entstehung sozialer Konflikte in Kauf genommen.

Um allen Bevölkerungsteilen gleiche Startbedingungen und Beteiligungschancen zu ermöglichen, ist eine mutige Migrationspolitik auf Bundesebene notwendig, auch um kommunalpolitisches Handeln zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, daß die Kommunen, weil sie direkt mit den Sorgen und Problemen der Bevölkerung konfrontiert sind, sich zu bestimmten Defiziten im Bereich der Migrationspolitik auf Landes- und Bundesebene äußern. Migration und ihre sozialen Folgen werden wie alles Gesellschaftliche lokal gelebt.

Ich möchte kurz erläutern, was meines Erachtens auf bundespolitischer Ebene notwendig ist, um eine Gleichstellung herbeizuführen und das Bewußtsein der Mehrheitsbevölkerung zu beeinflussen, damit mehr gegenseitige Toleranz und Akzeptanz sich entwickeln kann: Deutschland braucht ein modernisiertes Einbürgerungsrecht. Dabei ist insbesondere in Deutschland geborenen Kindern von auf Dauer in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Staatsangehörigen die deutsche Staatsangehörigkeit zu geben. Für Migranten sollte nach fünf Jahren die Einbürgerung erleichtert werden. Nach acht Jahren rechtmäßigen Aufenthalts sollte ein Einbürgerungsrecht eingeführt werden. Das

gültige Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 ist heute nicht mehr in der Lage, den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Dabei sollte Mehrstaatlichkeit kein Hinderungsgrund sein. Die Weigerung, eine doppelte Staatsbürgerschaft öfter als nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen hinzunehmen, ist ein wesentlicher Grund für die nach wie vor sehr geringe Einbürgerungsquote. Der »Goldene Weg« vom Ausländer zum Deutschen über die Brücke »Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit« ist für viele Migranten vor allem aus psychologischen Gründen eine zu hohe Hürde und kein akzeptables Angebot.

Die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte sind auszubauen, und die Eingliederungs- und Integrationshilfen für alle Zuwanderer sind zu verstärken. Dabei ist vordringlich, das aktive und passive Kommunalwahlrecht und die Teilnahme an kommunalen Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden für Zuwanderer auch aus Staaten außerhalb der EU zu sichern. Da die demokratischen Rechte nicht teilbar sind, soll für alle in Deutschland rechtmäßig lebenden Migranten mittelfristig das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden.

Bei Eingliederungshilfen, Sprachkursen und Betreuung für Zuwanderer – auch für Aussiedler – darf nicht weiter gekürzt werden, sondern sie sollten im erforderlichen Umfang ausgebaut werden.

Zuwanderer brauchen ebenso wie benachteiligte Gruppen der Einheimischen mehr Chancen, um den gleichberechtigten Zugang zu Arbeitsplätzen, Wohnungen sowie zu Aus- und Weiterbildung zu erhalten.

Im Rahmen eines allgemeinen Antidiskriminierungsgesetzes soll die grundrechtswidrige Benachteiligung von Menschen ausländischer Herkunft konkret gesetzlich unter Strafantrohung gestellt werden. Nach dem Grundgesetz sind alle Menschen gleichgestellt, aber trotz dieser Grundrechte gibt es immer noch Benachteiligung und Diskriminierung der Minderheiten in unserer Gesellschaft. Wenn es Menschen minderen Rechtes gibt, gibt es auch Leute, die sie für Menschen minderen Wertes halten.

Was kann auf der örtlichen Ebene getan werden? In Osnabrück wird es in Zukunft vor allem darum gehen, die bestehenden Angebote im Bereich der Migrationsarbeit zu bewahren und entsprechend den Notwendigkeiten auszubauen. Die Stadt Osnabrück hat auch in finanziell schwierigen Zeiten versucht, eine gute Infrastruktur für Migrationsarbeit zu schaffen. Unter anderem wäre hier die Einrichtung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen, die regionale Arbeitsstelle für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien (RAZ), das Informations- und Beratungszentrum für ausländische Arbeitnehmer (IBZ), der Ausländerbeirat und nicht zuletzt die Förderung freier Träger wie etwa des Vereins zur pädagogischen Förderung ausländischer Kinder (VPAK) oder des Vereins »Exil« zu erwähnen.

1992 hat die Stadt erstmals die demokratisch strukturierten Selbstorganisationen der Nichtdeutschen finanziell unterstützt. Diese Förderung darf keine Kürzung erfahren. Diese Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag dazu, eine gemeinsame Zukunft für alle in Osnabrück zu sichern. Sie müssen in den politischen Willensbildungsprozeß der Kommune miteinbezogen werden, damit sie sich vom gesellschaftlichen Zusammenleben nicht entfernen, sondern die politische Zukunft unserer multikulturellen Gesellschaft mitgestalten.

Osnabrück braucht ein »Courage-Büro«, um Entwicklungen im Bereich von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten vorzubeugen und die Osnabrücker Bevölkerung entsprechend aufzuklären. Ein Antrag des Ausländerbeirates, der mit vielen Osnabrücker Gruppen erarbeitet worden war, wurde vom Rat der

Stadt Osnabrück zurückgestellt. Die Kommunalverwaltung sollte die Feststellung von Diskriminierungstatbeständen und ihre Dokumentation als ständige Aufgabe betrachten.

Die Leitlinien zur Integrations- und Migrationsarbeit sind an die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen anzupassen. Eine erste Grundlage dafür wäre ein Bericht »Zuwanderung in Osnabrück«, dessen Ergebnisse mit den gesellschaftlichen Gruppen diskutiert werden müßten. Dabei sind inhaltliche Vorschläge für die Weiterentwicklung der Migrationspolitik im kommunalen Kontext zu erarbeiten.

Welche Entwicklungsperspektiven gesetzt werden sollen, hängt von den politischen und gesellschaftlichen Kräften ab. Hier müssen die Sachfragen aufgegriffen werden, die uns in die Lage versetzen, offensichtliche Mißstände abzustellen. Die Nichtdeutschen sind auch in unserer Stadt oft in vieler Hinsicht benachteiligt. Als Stichworte nenne ich Wohnraum-, Ausbildungs-, Arbeitsplatz-, Bildungsprobleme. Die Stadt ist aufgefordert, hier zukunftsweisende Maßnahmen einzuleiten.

Die Stadt Osnabrück muß sich auch mit den Problemen der älteren Migranten auseinandersetzen. Dies ist bereits in naher Zukunft eine wichtige Herausforderung für die Sozialpolitik und die Altenhilfe.

Diese Punkte sind nicht nur ausländerspezifische Probleme, sondern sie betreffen alle sozial benachteiligten Gruppen, aber der Migrant ist immer doppelt benachteiligt. Zum Beispiel kann man arbeitslos werden und sich um eine neue Anstellung bemühen. Ein Migrant kann auch arbeitslos werden, aber er kann sich nicht ohne weiteres um eine Neueinstellung bemühen, weil die Gesetze ihn erst dann berücksichtigen wollen, wenn für die Stelle, für die er sich bewirbt, keine deutschen, keine EU-Bürger zur Verfügung stehen.

Einwanderer und Einwanderinnen können häufig die sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Angebote nicht nutzen. Ein wichtiger Beitrag zur Überwindung dieser Benachteiligung besteht darin, diese Angebote für Nichtdeutsche nutzbar zu machen. Dies gilt insbesondere für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die psychologische Beratung und Beschäftigungsförderung für Jugendliche. Die politisch Verantwortlichen in Rat und Verwaltung sollten zusammen mit den Trägern solcher Einrichtungen Neuorientierungen in diesem Sinne in Gang setzen.

Trotz einer inzwischen 40jährigen Migrationsgeschichte ist der Integrationsgrad von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst noch immer alarmierend gering und dabei von der Politik unmittelbar selbst zu verantworten. Der öffentliche Dienst gilt heute noch als Domäne der Deutschen. Die Tatsache, daß es gerade an interkulturellen Kompetenzen in den Verwaltungen mangelt, ist eine wesentliche Ursache dafür, daß die Angebote der öffentlichen Regelversorgung im sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und Bildungsbereich, aber auch in Sparten der inneren Sicherheit von der Migrantenbevölkerung nur unterdurchschnittlich wahrgenommen werden. Deshalb ist es anzustreben, was auch der Ausländerbeirat gefordert hat, die Beschäftigung von Migranten in öffentlichen Einrichtungen der Kommunalverwaltung zu verstärken, mit gezielten Aktionen innerhalb der Verwaltung für die Einstellung und Ausbildung von Migrantenkinder zu sorgen. Die Sonderqualifikation der Migrantenbevölkerung, nämlich die Migrationserfahrung, die interkulturelle Kompetenz und die Mehrsprachigkeit werden entweder nicht zur Kenntnis genommen oder in ihrer Bedeutung verkannt. Es sollte nicht schwerfallen, die in einer multikulturellen Gesellschaft notwendige interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes, aber auch anderer Organisationen und freier Träger, in praktische Politik umzusetzen. Zumindest vorübergehend sollten Einstellungs- und Ausbildungsquoten für Migranten entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil festgelegt werden. Dies

gilt vor allem für diejenigen Berufsbereiche, die besonders dringend auf interkulturelle Sach- und Sprachkompetenzen angewiesen sind, wie Schul- und Schullaufbahnberatung, Weiterbildung und Berufsberatung, Kindergärten, Schulen und Berufsschulen, Jugend- und Sozialarbeit, psychosoziale Beratung und Versorgung, präventive Sozial- und Gesundheitsdienste, Altenbetreuung und Altenpflege.

Am 1. August 1995 waren bei der Stadt Osnabrück insgesamt 108 Auszubildende beschäftigt, davon waren nur zwei nichtdeutscher Herkunft. Zumindest der Frauenfördergedanke wurde berücksichtigt: die zwei jungen Frauen werden zur Verwaltungsfachangestellten bzw. zur Köchin ausgebildet.

Die Arbeitslosigkeit bei den Migranten liegt mit 20% wesentlich höher als bei der deutschen Bevölkerung. Angesichts der stark sinkenden Angebote an Arbeitsplätzen für Un- und Angelernte ist eine intensive Anstrengung aller Beteiligten erforderlich, um die Qualifizierung und Ausbildung von Migranten dem Nachfragebedarf anzupassen. Oft scheitert der Wille, sich weiterzuqualifizieren, an den rechtlichen Hindernissen. Es darf nicht hingegenommen werden, daß die Migranten als »Reservearmee« für den Arbeitsmarkt genutzt werden. Die Stadt Osnabrück könnte bei der Vergabe von Aufträgen an Firmen eine beispielgebende Rolle einnehmen, wenn vorrangig Firmen berücksichtigt würden, die einen Anteil von Migranten beschäftigen, der etwa deren Bevölkerungsanteil entspricht.

Um einen guten beruflichen Start zu erlangen, brauchen die Jugendlichen eine gute Schullaufbahn. Die Schule ist ein wichtiger Abschnitt im Leben eines Menschen. Eine erfolgreiche Schullaufbahn vereinfacht die Integration in die Gesellschaft. Dies gilt für alle Menschen. Wenn damit angefangen wird, eine Schule als »Eliteschule« zu bezeichnen, weil keine oder wenige Kinder ausländischer Herkunft in der Schule sind, ist dies ein schlimmes Zeichen der Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung, der auch mit seinen Steuern diese Schule mitfinanziert. In Osnabrück ist immer noch der Anteil von Migrantenkindern an den Sonderschulen mit 14% enorm hoch. Dagegen ist der Anteil an Gymnasien zwar gestiegen, mit 5% aber weiterhin sehr gering. Oft werden die Sprachprobleme der Kinder als Lernbehinderung empfunden. Wenn Elemente des interkulturellen Lernens in den Kindergärten und Grundschulen nicht Bestandteil des Unterrichts werden, wird es zunehmend schwieriger werden, den Anteil der Migrantenkinder in den Sonderschulen zu reduzieren. Viele Schulen tun sich schwer, mit Migrantenkindern umzugehen und mit interkulturellen Ansätzen zu arbeiten. Wenn die Schule Migrantenkinder nicht als Problem, sondern als Bereicherung empfindet und Elemente des interkulturellen Lernens bewußt einbezieht, wie etwa die Gesamtschule Schinkel, gibt es keine Probleme. Hier ist es notwendig, die Eltern entsprechend zu informieren. Es darf auch in Osnabrück nicht soweit kommen, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Qualität der Schulen und dem Anteil der Migrantenkinder konstruiert wird.

Wenn in Osnabrück auf dem Wohnungsmarkt Knappheit an Wohnungen existiert, dann ist es ein Problem für alle Wohnungssuchenden, aber ein doppelt so großes Problem für Migranten. In den Jahren, in denen auf dem Wohnungsmarkt ein Überangebot existierte, war z.B. der Anteil an Migranten bei den Wohnungen der Osnabrücker Wohnungsbaugesellschaft mit 28% sehr hoch. In den vergangenen Jahren ist dieser Anteil auf 18% zurückgegangen. Das hat verschiedene Gründe. Einer davon ist, daß die alten Wohnungsbestände, in denen überwiegend Migranten wohnten, mit zweckgebundenen Mitteln renoviert wurden, weshalb die Migranten die Wohnungen verlassen mußten. Ein anderer Grund ist, daß die OWG die Wohnungen nur dann an Migranten vermietet, wenn ein Überangebot an zu vermietenden Wohnungen vorhanden ist. Auch im privaten

Bereich gibt es immer noch Schwierigkeiten, manche Vermieter davon zu überzeugen, daß ein Migrant nicht etwas Böses und Gefährliches ist, sondern auch ein Mensch, der seine Wohnungsbedürfnisse erfüllen will. Viele Migranten machen die Erfahrung, daß sie bei der Wohnungssuche oft mit dem Argument abgelehnt werden, daß die Wohnung schon vergeben ist. Wenn aber daraufhin ein deutscher Bürger wegen derselben Wohnung anruft, wird sofort ein Besichtigungstermin vereinbart. Das zeigt, daß viele Vermieter Vorurteile haben, was dazu führt, daß Migranten oft überteuerte Wohnungen anmieten müssen, um überhaupt eine Bleibe zu haben. Es ist notwendig, daß die Stadt bei entsprechenden Überlegungen wie etwa Schinkel-Nord auch die Bedürfnisse von Migranten erfragt und in den Planungen angemessen berücksichtigt.

Die Einstellung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Nichtdeutschen hängt unlösbar davon ab, welches Maß an nichtdeutscher Lebensart akzeptiert und toleriert wird. Die Frage der Ausländerfeindlichkeit und viele andere Probleme ließen sich zu den Akten legen, wenn die Mehrheitsbevölkerung gleichberechtigt neben sich auch Nichtdeutsche und Minderheiten wohnen und leben ließe. Wenn dagegen Existenzrecht und Gleichberechtigung in diesem Lande an das Monopol einer deutschen kulturellen Zugehörigkeit und Identität gebunden werden, kann die Akzeptanz der Nichtdeutschen bestenfalls eine vorläufige sein.

Wir müssen wissen, daß eine politische, rechtliche und gesellschaftliche Ausgrenzung die Selbst-Ethnisierungsprozesse unter der Migrantenbevölkerung fördert. Die Gefahr ist groß, daß dadurch Konflikte entstehen, die national-ethnische Grundlagen haben.

Nina Tschierse: Herr Konya, Sie haben viele Anregungen gegeben und ganz konkrete Probleme der Stadt angesprochen. Ich würde gerne Herrn Fip als Oberbürgermeister Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen. – Eine Begriffsklärung vorab. Ich habe auch den Begriff »Ausländer« benutzt, weil mir der Begriff »Nicht-Deutsche« unpassend erscheint. Sie sprechen von »Migranten« – was denken Sie, welchen Begriff wir heute hier verwenden sollten?

Ramis Konya: Ich hatte den Begriff »Nicht-Deutsche« im Jahre 1992 aus Protest verwendet, weil wir nicht Deutsche werden konnten nach Artikel 116 des Grundgesetzes. Deshalb hat man gesagt: Wir sind Nicht-Deutsche. Soziologisch bezeichnet sind wir alle »Migranten«.

Nina Tschierse: »Migranten«? Gut. Dann einigen wir uns heute auf Migranten.

Hans-Jürgen Fip: Herr Konya hat in seinen Eingangsbemerkungen gesagt, daß die Situation in Osnabrück im Vergleich zu vielen anderen Städten nicht schlecht ist, daß wir uns aber auf den Weg begeben müssen, diese Situation zu verbessern und das Zusammenleben im Rahmen einer städtischen Gemeinschaft zu fördern. Der erste, für mich wichtige Punkt ist, daß wir alle uneingeschränkt akzeptieren, daß eine städtische Gemeinschaft eine *multikulturelle* Gemeinschaft ist. Damit verbunden sind Forderungen nach Problemlösungen, Fragen, wie sie von Herrn Konya gestellt worden sind.

Als Teil der Problematik sind »Wohnungen« genannt worden. Richtig ist: Wenn das Angebot an Wohnungen im Verhältnis zur Nachfrage zu klein ist, findet die Ausgrenzung jener statt, die sozial schwach sind und den rechtlichen Status der Ausländer haben. Für mich als Oberbürgermeister war es das erste Ziel, den Wohnungsbau zu verstärken. Wir haben in den Jahren von 1991 bis 1996 das Doppelte dessen gemacht, was andere vorher

in zehn Jahren gemacht haben – in erster Linie sozialer Wohnungsbau. Wir haben also ein Angebot auf den Markt gebracht, das besonders für Ausländer wichtig ist.

Die Frage der Ausbildung und der Bildung ist von Herrn Konya angesprochen worden. Wir können erst zufrieden sein, wenn der Prozentsatz der hier lebenden Ausländer sich auch wiederfindet in den weiterführenden Schulen, in den Realschulen, in den Ausbildungsstellen usw. Dies ist noch lange nicht der Fall. Wir liegen allerdings in Osnabrück statistisch über dem Bundesdurchschnitt. Ob das ein Verdienst der Politik ist oder andere Ursachen hat, kann man schwer entscheiden, aber es muß auch weiterhin das Ziel bleiben, eine Entsprechung des Ausländeranteils an der Bevölkerung in diesen Bildungseinrichtungen zu erreichen, sonst gibt es keine Integration. Beim Arbeitsmarkt ist es ähnlich. Richtig ist, daß die größte Diskrepanz im öffentlichen Dienst besteht. Besonders auffällig ist, daß die Ausländer dort im Dienstleistungsbereich tätig sind. Das heißt, sie schaffen unseren Müll weg und machen die Arbeiten, für die wir teilweise als einheimische Deutsche uns zu schade sind.

Eine positive Entwicklung haben wir in den Kindergärten. Zwar bringen die hier lebenden ausländischen Familien – weil nur wenige alleinerziehende Mütter darunter sind und die Familie im Verbund die Kinder länger zu Hause hält – ihre Kinder oft erst ein Jahr später in die Kindergärten. Aber der Statistik nach zu urteilen, gibt es bei den Kindergärten keine Zugangsprobleme für die Kinder ausländischer Mitbürger.

Die Frage der Arbeitsplätze hat allerdings besondere Relevanz, weil die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland nicht besser werden. Eine Vermehrung von Arbeitsplätzen findet zur Zeit nicht statt. Wir werden uns alle miteinander darüber verständigen müssen, wo die Ursachen dafür liegen. Damit es nicht wieder so einfach sein kann zu sagen: Wenn die erst draußen wären, hätten wir Arbeitsplätze genug! Man hört ja schon wieder diese unsinnigen Äußerungen. Unsere volkswirtschaftlichen Probleme sind ganz anderer Natur!

Nina Tschierse: Es gab ein paar starke Formulierungen in dem Vortrag von Herrn Konya. Er fordert unter anderem Quoten für Migranten. Ist das etwas, was Sie sich zum Beispiel bei der Stellenvergabe vorstellen können?

Hans-Jürgen Fip: Wir sind ja nur im öffentlichen Dienst Herr des Verfahrens, wo wir als Arbeitgeber auftreten. Wir müßten hier ein Verfahren analog zum Frauenförderplan wählen. Ich glaube, daß hier ein bestimmtes Anrecht besteht, dem wir auch nachkommen müssen. Ob die Quotierung ein hilfreicher Weg ist, muß man untersuchen. Wenn dem so wäre, sollte man den Anteil der ausländischen Bediensteten in unseren Verwaltungen entsprechend dem Anteil in der Bevölkerung erhöhen. Das ist ein notwendiges Ziel.

Aber lassen Sie mich noch ein Wort zum Wahlrecht sagen, weil wir in Osnabrück am 25. Februar 1993 im Rat eine auf eine Resolution des Ausländerbeirates gegründete Beschlußvorlage hatten, mit der wir – unter bestimmten Voraussetzungen: fünf Jahre hier leben usw – das Wahlrecht für alle hier lebenden Ausländer bei der Kommunalwahl gefordert haben. Und wir haben das noch einmal am 20. Juni 1995 anlässlich der zur Diskussion stehenden Veränderungen der Gemeindeordnung nach Hannover geschrieben. Im Rat hat es für diese Forderung eine Mehrheit gegeben, gegen eine starke Opposition. Sie sehen, daß hier in Osnabrück durchaus eine Übereinstimmung mit dieser Forderung besteht, denn die Feststellung von Herrn Konya, daß wir hier ein Drei-Klassen-Wahlrecht haben, ist natürlich sachlich völlig richtig. Insofern ist es vernünftig, wenn wir uns alle einigen könnten, dieses kommunale Wahlrecht bald einzuführen.

Nina Tschierse: Herr Dr. Tenfelde, Sie wollen es ab Herbst 1996 besser machen? Zumindest sagt man, daß Sie sich gute Chancen ausrechnen, der neue Oberbürgermeister zu werden. Sie haben von Herrn Konya starke Worte gehört. Zum Beispiel: Es gibt Diskriminierung von Minderheiten in Osnabrück; der Zugang zu den Arbeitsplätzen ist nicht in gerechtem Maße gewährleistet; Kürzungen dürfen nicht bei Maßnahmen, die Migranten betreffen, greifen – viele einzelne Punkte, die in unserem täglichen Zusammenleben offenbar sehr wichtig sind, um zu einer wirklich multikulturellen Gesellschaft zu werden. Wie sehen Sie das?

Rainer Tenfelde: Ich darf vielleicht zunächst eine Klarstellung vornehmen. Sie versuchen, mich ein bißchen zwischen die Stühle zu setzen, indem Sie jetzt die Kommunalwahl ansprechen. Die Bürgermeisterin Lioba Meyer hat uns im Vorfeld sehr gemahnt, Herrn Fip und mich, hier keine Kommunal- oder Parteipolitik zu betreiben, was ich sehr begrüße. Als ich mich mit dem heutigen Thema befaßt und mich gefragt habe, was wir hier in dieser Diskussion dazu erarbeiten können, sind mir viele Dinge eingefallen, die sich in letzter Zeit in Osnabrück ereignet haben und die mich nachdenklich gemacht haben. Lassen Sie mich vielleicht mit einigen ganz profanen Beispielen beginnen. Wir haben hier im letzten Jahr nicht nur eine Gedenktafel für jüdische Mitbürger angebracht, die in Konzentrationslagern ums Leben gekommen sind, sondern auch für Sinti und Roma. Und dann ist wenige Wochen, nachdem diese Tafel feierlich angebracht war, Osnabrücker Mitbürgern, sogar deutscher Staatsangehörigkeit – wir sprechen hier ja über unterschiedliche Kulturen, nicht nur über Nationalitäten – in einer großen Diskothek folgendes passiert: Man erschien abends in Begleitung von Deutschen, und der Türsteher erklärte: »Zigeuner kommen hier nicht rein!« Ich habe dann versucht, dieses Problem mit den Betroffenen, die sehr erregt waren, zu erörtern. Dabei habe ich gemerkt, welche Hilflosigkeit hier zutage trat und auch welche Hilfsbedürftigkeit. Dabei ist folgendes zu bemerken: Wir richten Appelle an unsere Mitbürger aus dem politischen Raum. Und wir bewirken offenbar in diesem Bereich nicht genug.

Es gibt gerade eine Affäre um Verhältnisse in großen Hühnerfarmen in der Region, und da habe ich mit Entsetzen festgestellt, daß die dort beschäftigten, zum Teil schwer in Mitleidenschaft gezogenen Arbeitnehmer ausnahmslos nicht-deutsche Mitbürger waren. Und auch darüber habe ich nachgedacht: Wie es möglich ist, daß in dieser Gesellschaft so etwas passiert. Wir haben nach diesen bedauernswerten Anschlägen in Solingen und Hoyerswerda und Rostock eine Situation, in der es praktisch zum Alltag der Kommunikationspolitik in Deutschland gehört, daß durch alle Medien massiv für Toleranz und Solidarität für die in Deutschland lebenden Ausländer geworben wird. Nur, die Ergebnisse sind nicht so toll. Und wenn man sich fragt: »Woran liegt das?«, dann muß es damit zu tun haben, daß die eigentlichen Adressaten nicht erreicht werden.

Wir haben hier in Osnabrück einen Politologen, Dr. Ruhrmann, der eine ganz interessante wissenschaftliche Untersuchung zum Thema »Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit« durchgeführt hat. Er hat festgestellt, daß diejenigen Deutschen, die eher ausländerfeindlich eingestellt sind, das durch das Fernsehen vermittelte Ausländerbild als zu positiv wahrnehmen und einen zu hohen Anteil der entsprechenden Ausländerberichterstattung beklagen. Die durch diese Appelle präsentierten Inhalte werden also gerade von denjenigen ignoriert oder nicht wahrgenommen, die die Adressaten dieser Appelle sein sollten. Und ich glaube, wenn ich jetzt die Frage an die hier im Saal Sitzenden richte: »Wer von Ihnen ist denn ausländerfeindlich eingestellt?«, dann wird sich keiner melden. Und nicht deswegen, weil jemand Angst hat, sich dazu zu bekennen, sondern

deswegen, weil es keinen hier gibt. Wir müssen uns also darüber im klaren sein, daß wir mit allen Aktionen, die wir im politischen Bereich durchführen, und auch mit solchen Veranstaltungen wie der heutigen, unter Umständen kontraproduktiv sind. Und wenn das so ist, dann müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir auf andere Weise die Situation für Angehörige anderer Kulturen in Osnabrück verbessern können.

Wir wollen uns auf den Osnabrücker Raum beschränken. Und das sind dann natürlich ganz schwierige Fragen, die wir uns persönlich zu stellen haben. Wir haben sicher alle Probleme damit, daß wir in Deutschland, in Osnabrück, als Deutsche zu einem gewissen Ordnungsdenken erzogen sind, das womöglich auch unserer Mentalität entspricht; daß wir unser Umfeld gerne ordnen, daß wir gerne bestimmte Menschen in bestimmte Schubladen sortieren. Wir schaffen uns Schubladen für Türken, für Zigeuner etc., um so mit unserem Umfeld zu leben. Für die Betroffenen ist es ganz schwer, da wieder herauszukommen. Es fehlt an Differenzierung, und man wird den Mitmenschen nicht gerecht.

Nina Tschierse: Könnten Sie konkrete Vorschläge machen, wie man diesem Schubladendenken begegnen könnte? Herr Konya hat Anregungen gegeben: frühes Beginnen in der Erziehung, in der Schule, im Kindergarten ...

Rainer Tenfelde: Jeder von uns muß versuchen, diese Barrieren zu überwinden. Ich muß zum einen versuchen, auf Mitmenschen, die einem anderen Kulturkreis angehören, die eine andere Sprache sprechen, die einer anderen Nation angehören, zuzugehen. Ich muß Geduld mit ihnen haben. Ich muß davon ausgehen, daß in der Vergangenheit Schäden eingetreten sind, die Mißtrauen auslösen. Also muß ich versuchen, dieses Mißtrauen zu beseitigen. Und dafür braucht man Geduld, dafür braucht man Zeit.

Es gibt in Osnabrück positive Ansätze. Sie, Herr Fip, haben eine Vielzahl von guten Einrichtungen genannt. Ich denke zum Beispiel an den Spanischen Club, der ein Restaurant bietet, in das auch deutsche Gäste kommen, wo man Gesprächsmöglichkeiten hat, wo man dann Fragen stellen kann. Es gibt also viele Dinge, die man hier ansprechen muß. Ich will nicht über die Bundespolitik sprechen, aber ich sage doch soviel dazu: Mir fehlt in Deutschland – heute mehr denn je – ein Anti-Diskriminierungsgesetz. Wir haben eine interessante Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die ich hier nicht kritisieren will, die aber dahin geht, daß der Ausspruch »Soldaten sind Mörder« nicht strafbar ist. Wenn ich diese Rechtsprechung zugrunde lege, dann darf ich auch sagen: »Zigeuner sind Diebe«, »Türken sind arbeitsscheu«. Das ist die Konsequenz dieser Rechtsprechung. Solange ich nicht differenziere, sondern eine unbestimmte Gruppe anspreche, liegt nach Auffassung des Gerichts keine Volksverhetzung vor und keine Beleidigung. Ich habe erlebt, daß viele Zeitungen unbehelligt bleiben, ohne strafrechtliche Verfolgung, wenn sie eine Überschrift wählen wie »Zigeuner sind eine Gefahr für Deutschland«. Wenn das Bundesverfassungsgericht sagt: »Das entspricht unserer Verfassung«, müssen wir Appelle für ein Anti-Diskriminierungsgesetz an den Bundestag richten, und ich hoffe, daß der dann bestehende strafrechtliche Druck so etwas unterbindet.

Nina Tschierse: Sie kommen als Rechtsanwalt schnell auf die Gesetzgebung, das leuchtet ein. Aber noch einmal zurück zu Ihrem Anfangsbeispiel, dem Türsteher in der Diskothek, der, dem deutschen Ordnungssinn entsprechend, zwischen Leuten, die hinein dürfen und denen, die nicht hinein dürfen, unterscheidet. Ich sehe nicht, wo das Anti-Diskriminierungsgesetz da helfen würde, wenn nicht gleichzeitig die Maßnahmen, die Herr Konya vorschlägt – über deren Umsetzbarkeit man sicher reden kann – ergriffen werden.

Sie sagten selbst: Zu viel und zu positiv würde in den Medien über Migranten berichtet, und das erzeuge eher gegenteilige Wirkungen. Ein Anti-Diskriminierungsgesetz, von oben verordnet, würde die Einstellung der Leute ja nicht verändern.

Rainer Tenfelde: Das will ich nicht sagen. Der Gesetzgeber hat schon in vielen Bereichen Änderungen des Bewußtseins verursacht. Ich darf an folgendes erinnern: Vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gab es in Deutschland eine Vielzahl hochgeachteter jüdischer Mitbürger, die als Anwälte, Ärzte, als Bankangestellte Teil der Gesellschaft waren. Und dann kamen die Nazis mit den unseligen Nürnberger Rassegesetzen, durch deren Strafandrohung gegen den Umgang und die Eheschließung mit »Andersrassigen« eine Änderung des Bewußtseins eintrat: Die Bevölkerung verlor den unbefangenen Umgang mit jüdischen Mitbürgern.

Nina Tschierse: Ist das nicht gerade ein Beweis dafür, wie untauglich oder gefährlich gesetzliche Maßnahmen sein können?

Rainer Tenfelde: Nein, ich kann durch Gesetze in manchen Bereichen auf die Bevölkerung einwirken und auf die Bewußtseinsentwicklung. Der Auffassung bin ich schon.

Nina Tschierse: Ich komme noch einmal auf die These zurück, der Deutsche habe es so in sich, Ordnungsprinzipien zu brauchen. Denken Sie, daß das noch immer so ist? Bewirken nicht vielmehr Forderungen, wie sie Herr Konya stellt – daß in der Arbeit mit Migranten keine finanzielle Kürzung erfolgen dürfe – bei den Leuten Hilflosigkeit? Eine Ratlosigkeit, die sie nur als »Ausländerfeindlichkeit« ausdrücken können?

Rainer Tenfelde: Ich habe mich möglicherweise mißverständlich ausgedrückt. Ich glaube nicht, daß der Deutsche solche Schubkästen braucht; er benutzt sie aber häufig – das ist etwas anderes. Ich meine auch, daß wir hier umdenken müssen, was den Begriff »Nation« angeht. Ich bin nicht der Auffassung, daß der Begriff heute so gefaßt werden kann, daß man sagt: Menschen gleicher Abstammung, gleicher Geburt bilden die Nation. Ich glaube vielmehr, daß wir sagen müssen: »Derjenige, der unser durch die Verfassung und durch die Menschenrechte bestimmtes Wertesystem akzeptiert und bereit ist, mit uns nach diesem Wertesystem zu leben, der bildet mit uns die Nation«. Wir müssen nicht darüber nachdenken, ob wir ein Einwanderungsland werden wollen oder eine multikulturelle Gesellschaft. Faktisch sind wir ein Einwanderungsland, tatsächlich sind wir eine multikulturelle Gesellschaft. Und das nicht erst seit gestern.

Nina Tschierse: Bevor wir jetzt alle Einigkeit feststellen, würde ich Herrn Fip und Herrn Konya bitten, sich in das Gespräch einzuschalten. Nach den Worten von Dr. Tenfelde frage ich Sie, Herr Konya: Bieten nicht Ihre Vorschläge einigen Zündstoff? Wenn Sie die Quotierung für Migranten bei der Vergabe von Arbeitsplätzen fordern, macht das nicht noch mehr böses Blut?

Ramis Konya: Ich habe die Quotierung in dem Sinne ins Spiel gebracht, daß man sich im öffentlichen Dienst bemühen sollte, die Erfahrungen der Migranten, ihre Fähigkeit zum interkulturellen Umgang zu nutzen, die so dem gesellschaftlichen Zusammenleben zugute kämen. Wenn man dieses Potential nicht ausnutzt, geht etwas verloren. Wir reden

immer von Europäisierung, Globalisierung, andererseits tun wir so, als ob wir nur bestimmten Personengruppen bestimmte Rechte zusprechen. Das geht einfach nicht.

Die Menschen der ersten und teilweise der zweiten Migrantengeneration haben z.B. nur in den Hühnerfarmen gearbeitet, weil das Arbeitsförderungsgesetz ihnen nicht erlaubt, eine Umschulung, eine Fortbildung zu machen, sich weiterzuqualifizieren. Solange es Arbeit gab, die für den Einheimischen oder den EU-Bürger nicht zumutbar erschien, war man auf die Migranten angewiesen. Heute haben wir das Problem, daß diese Arbeitsplätze durch Rationalisierung zunehmend wegfallen, und die Leute werden arbeitslos. Wenn sie heute 40 oder 50 Jahre alt sind, was soll man denn mit denen machen? Das wird ein soziales Problem.

Mit anderen Trägern wie Kammern und Arbeitsämtern hat auch die Kommune ein Stück Verantwortung dafür, bestimmte Projekte zu entwickeln, um diesem Problemlösungsbedarf nachzukommen. Alles, was wir wollen, kann nur existieren, wenn wir bereit sind, uns gegenseitig zu tolerieren. Das kann nur dann geschehen, wenn Sie mehr über mich wissen und ich mehr über Sie, wenn wir anfangen, schon im primären Bereich, im Kindergarten, unsere Kinder nicht gesellschaftsfern, sondern gesellschaftsnah zu erziehen, wenn wir unsere interkulturellen Erlebnisse, diese multikulturellen positiven Lebenswerte, in diese Arbeit einbringen. Wir müssen es schaffen, die Migranten aus den folkloristischen Zwängen herauszuholen, müssen abstellen, daß man das gemeinsame Leben über das Essen oder über bestimmte folkloristische Erscheinungsweisen interpretiert.

Nina Tschierse: Herr Dr. Tenfelde, Sie haben vorhin gesagt: Alle, die sich hier einfügen, die sich an unsere Wertsysteme anpassen wollen, sind uns willkommen; mit denen wollen wir hier leben. Meint nicht Herr Konya, wenn er von »multikultureller Gesellschaft« spricht und fordert, daß wir unsere Grundprinzipien überprüfen, etwas ganz anderes als Sie? Im Spanischen Zentrum einen Abend lang nett zu essen – ich denke, das ist chic, nicht? Geht man zum Italiener essen? Spanisch essen ist noch ein bißchen schräger, weil man da in den sechsten Stock hochklettern muß! Herr Konya fordert für die Migranten – ich benutze einen Begriff aus der Frauenbewegung – »einen Anteil vom Leben«. Die Migranten wollen ihren Teil der Welt. Das ist mehr, als mal spanisch essen zu gehen.

Rainer Tenfelde: Ich sehe die Notwendigkeit, den Begriff »Multikulturelle Gesellschaft« ebenso zu definieren, wie ich das eben mit dem der »Nation« versucht habe. Wir können – das mag schmerzhaft sein für manche Migranten, Herr Konya – folgendes nicht zulassen: Daß im Geltungsbereich eines bestimmten Typs von Verfassung neue Rechtsformen entstehen, die diesen Typ von Verfassung mit dem, was wir als Menschenrechte ansehen, nicht respektieren.

Nina Tschierse: Bestimmte politische Gruppierungen unter den Migranten wollen Sie verboten wissen?

Rainer Tenfelde: Ich würde mich dagegen wehren, wenn Frauen einer bestimmten Migrantengruppe hier als rechtlos behandelt würden, wenn sie in Deutschland geschlagen würden. Dann würde ich nicht akzeptieren, daß der Betreffende sagt: »In meinem Heimatland darf ich das aber«. Hier darf er das nicht, das ist für mich eine ganz eindeutige Regelung.

Nina Tschierse: Das Problem stellt sich, wenn wir uns intensiv mit den Kulturen beschäftigen. – Herr Konya fordert eine gleichberechtigte Erziehung und das Einbinden der Kulturen.

Ramis Konya: Viele Migranten bekennen sich zur deutschen Verfassung. Sie leben in diesem Land. Nicht, daß sie neben der Gesellschaft noch eine Gesellschaft bilden. Wenn man sich entschieden hat, hier zu leben, dann hat man sich deshalb entschieden, weil man eben diese Gesetze, diese Verfassung akzeptiert. Sonst geht das ja nicht!

Rainer Tenfelde: Der Grundkonsens muß aber da sein!

Ramis Konya: Natürlich, das ist doch selbstverständlich.

Nina Tschierse: Kümmern wir uns eigentlich mit der gleichen Intensität um die deutschen Frauen, die geschlagen werden? Ich würde gern einen Vorschlag hören, wie man multikulturell denkt, wie man vorhandene traditionelle Vorstellungen schon in Kindergarten und Schule erkennen und mit ihnen umgehen kann. Sie fordern ja nicht das Gleichmachen, das Auslöschen der Unterschiede, sondern erst einmal festzustellen, daß es Unterschiede gibt.

Ramis Konya: Ich muß noch etwas sagen: Und zwar daß, sobald ein Unterschied zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Migranten hervorgehoben wird, er negativ dargestellt wird!

Nina Tschierse: Es wird der deutsche Maßstab angelegt?

Ramis Konya: Genau. Und dann ist die Gefahr groß, daß der andere in seinen Normen, seiner Lebensart, seinem Wertesystem keine Anerkennung mehr findet. Dann isoliert er sich von der Gesellschaft und ethnisiert sich noch mehr. Eine türkische Staatsangehörige wird noch mehr Türkin, ein Spanier wird noch mehr Spanier. Dadurch entwickelt sich Nationalbewußtsein. Um das aufzufangen, muß man sie anerkennen und durch die Anerkennung in die Gesellschaft hineinziehen. Darum geht es! Wo liegt beispielsweise das Problem, wenn die Kinder im Kindergarten ein spanisches Kinderlied lernen? Wo liegt das Problem, wenn wir – was wir mit mehreren Trägern auch vom Ausländerbeirat gemacht haben – Kalender herausgeben, in denen alle Feste stehen?

Rainer Tenfelde: Da liegen nicht die Probleme!

Ramis Konya: Das sind Schritte ...

Rainer Tenfelde: ... die werden in der Schule ja gegangen. Die Kinder haben doch muttersprachlichen Unterricht, und ich kann das Problem in diesem Bereich nicht so sehr feststellen.

Nina Tschierse: Herr Konya fordert eine besondere Betreuung von Migrantenkindern, also nicht nur von Flüchtlingskindern mit entsprechenden traumatischen Erfahrungen, sondern auch von Kindern, die etwa in der Sprachförderung besonderen Bedarf haben. Denken Sie, daß eine solche Politik durchsetzbar ist? Sagen da nicht wieder viele Deutsche: »Mein Kind hat auch einen Sprachfehler, um das kümmert sich keiner«?

Rainer Tenfelde: Die Zuwendung zu den Kindern und Jugendlichen ist ganz wichtig. Die deutsche Gesellschaft täte sich keinen Gefallen, wenn sie hier das Notwendige unterlassen würde. Es ist sehr zu bedauern und mit großer Sorge zu sehen, daß, was Schulunterricht, was Eingliederung in die Berufsausbildung angeht, in der Tat Mißstände zu beklagen sind. Und wenn wir benachteiligte Jugendliche in unserer Gesellschaft ohne den notwendigen Förderunterricht in den Schulen, ohne Zusatzbetreuung lassen, dann schaffen wir uns große gesellschaftliche Probleme.

Nina Tschierse: Wenn Sie zum Oberbürgermeister gewählt werden, werden Sie aus Ihrem Haushalt Mittel für solche Forderungen freistellen müssen. Wie gehen Sie damit um?

Rainer Tenfelde: Ich halte es für wichtiger, in junge Menschen zu investieren, als in Stein. Wenn ich das Geld als Kommune hierfür nicht habe, dann muß ich unter Umständen Neubauten, auch im kulturellen Bereich, zurückstellen und sagen: »Diese Neubauten kann ich auch noch in ein paar Jahren errichten, aber Schäden, die bei der Jugend entstehen, kann ich in ein paar Jahren nicht mehr gutmachen«. Da muß ich die Schwerpunkte anders setzen. Und angesichts unserer finanziellen Haushaltsmittel – aber jetzt komme ich in die Parteipolitik – kann ich mir gut vorstellen, daß ich auf eine Erweiterung der Stadthalle verzichten würde und mehr investieren würde für unsere Kinder und Jugendlichen, die in Belm wohnen, für Aussiedler, Jugendliche, die in großer Gefahr sind.

Hans-Jürgen Fip: Herr Professor Tenfelde, ist denn – was Investitionen in Bausubstanz angeht – die Stadthalle der einzige Punkt, an dem Sie festmachen, was aus Ihrer Sicht streitig ist und anderen Aufgaben Gelder entziehen würde? Oder meinen Sie andere Dinge? Dann würde ich daran erinnern, daß Sie alles im Rat mitbestimmt haben. Was im Rat beschlossen wurde und in Osnabrück gebaut wird, ist nicht gegen die CDU beschlossen worden, weder der zweite Bauabschnitt des Theaters, noch das Nussbaum-Haus.

Aber ich möchte zur Verdeutlichung auf eines zurückkommen: Wenn es denn so ist, wie Herr Tenfelde ausführt, daß der Bezug der Ausländer auf die Grundrechte, auf die Verfassungsrechte das wichtigste Kriterium ist, dann frage ich mich, warum er zweimal nacheinander dagegen gestimmt hat, daß wir das kommunale Wahlrecht einführen?

Es stimmt, daß es in der Öffentlichkeit ein nicht immer positives Bild von Ausländern gibt. Wir müssen uns aber davor hüten, unter Anspielung auf diese aus Vorurteilen und Unkenntnis resultierenden Bilder über die Ausländer politischen Gewinn zu schlagen. Und deshalb warne ich davor, mit Drogenpolitik, mit Sicherheitspolitik, mit der Frage der Kriminalität der Öffentlichkeit undifferenzierte Bilder zu geben!

Bei der Frage nach den Kindern – die sich wie selbstverständlich beantwortet: wenn Sie in einen Kindergarten kommen, sehen Sie, daß die Kinder in dem Alter, in dem sie im Kindergarten zusammengeführt werden, problemlos miteinander verbunden sind – gibt es keine Akzeptanz- und Toleranzprobleme. Es kommt darauf an, die Zahl dieser Angebote zu erhöhen, also muß man Kindergärten bauen. Wir haben von 1991 bis 1996 ein Vielfaches dessen in Kindergartenplätze investiert, was vorher der Fall war, und ein Angebot geschaffen, das die Nachfrage deckt.

Lassen Sie mich hinzusetzen: Wir müssen es wirklich so *empfinden*, daß es eine Bereicherung unseres Lebens ist, mit den anderen Kulturen hier zusammenzuleben. Wir betreten hier ein außerordentlich wichtiges Feld: das des Verhältnisses untereinander, des geistigen Klimas in einer Stadt. Ohne daß wir auch über Grundwerte der Verfassung, der Humanität und des Christentums sprechen, können wir diesem Thema nicht gerecht werden.

Warum haben wir eigentlich unterschiedliche Statistiken bezüglich des Anteils ausländischer Schüler bei den konfessionellen und bei den städtischen Schulen? Und warum formuliert ein Fragebogen – mir liegt hier vor, Herr Tenfelde, was Sie damals unterschrieben haben – »Für mich ist wichtig, daß mein Kind nicht mit Kindern aus sozialen Randgruppen gemeinsam unterrichtet wird«? – Dies sind Dinge, die muß man ausschließen. Das kann man nicht machen. Wir sind zusammen in einer Gemeinschaft, da finde ich solche Aktionen nicht sachdienlich.

Rainer Tenfelde: Da muß ich etwas klarstellen: Herr Fip, das Schulgesetz und die einschlägigen Erlasse regeln, wie viele Kinder z.B. nicht-katholischen Bekenntnisses auf katholischen Bekenntnisschulen sein dürfen. Die katholischen Bekenntnisschulen in Osnabrück kämpfen seit Jahren darum, mehr Kinder nicht-katholischen Bekenntnisses, auch ausländischer Bekenntnisse, aufnehmen zu dürfen. *[Zwischenrufe aus dem Publikum]* Natürlich, das ist doch eine Tatsache! Sie *wollen* sie gerne aufnehmen, aber wir haben hier gesetzliche Vorgaben. Und in der Tat gibt es ein Problem: Wir haben 16.000 ausländische Mitbürger in Osnabrück, davon ist ein sehr hoher Prozentsatz nicht-christlichen Bekenntnisses. Wenn es dann eine kirchliche, eine katholische Schule gibt, dann ist natürlich der Zugang nicht-christlicher Schüler zu dieser Schule ein anderer als zu anderen Schulen. Das hat Auswirkungen auf die Zahl der nicht-deutschen Schüler. Das ist unbestreitbar.

Nina Tschierse: Hier wird gerade der Sinn der Konfessionsschule bezweifelt.

Rainer Tenfelde: Aus dem politischen Raum kam der Vorwurf gegenüber diesen Schulen: »Ihr nehmt ungern ausländische Kinder auf«. Oder gar: »Die Eltern wollen das nicht so gern«. Es ging darum, diesen Vorwurf zu entkräften. Und diese Befragung hat ja ein tolles Ergebnis gebracht. Die Elternschaften dieser kirchlichen Schulen haben mit nahezu vollständiger Einhelligkeit – es hat kaum Ausnahmen gegeben – erklärt: »Wir wollen es gerne, daß unsere Kinder mit ausländischen Kindern zusammen unterrichtet werden«.

Nina Tschierse: Werfen wir einen Blick in die Statistik, inwieweit das realisiert ist? Herr Konya, Sie haben Zahlen.

Ramis Konya: Es hat einen Grund, warum die konfessionellen Schulen, in Jahren, in denen es eine Nachfrage nach Schülern gibt, nicht-deutsche oder nicht-konfessionelle Schüler aufnehmen. Solange es weniger Schüler gab, war der Anteil der nicht-deutschen Schüler in den Sonderschulen sehr gering. In den weiterführenden Schulen war der Anteil sehr hoch, das Gymnasium kämpfte um jeden Schüler. Bei konfessionellen Schulen war es genauso. Sobald es aber höhere Schülerzahlen gibt, ist die Reaktion ein bißchen anders. In einem katholischen Kindergarten, wo ein Kind abgelehnt worden war, hieß es: »Wir nehmen zehn katholische Kinder, zwei evangelische und zwei nicht-konfessionelle«! – Wenn wir anfangen, bei den Kindern schon Unterschiede zu machen, die deren Bewußtsein prägen, dann ist das nicht gut.

Nina Tschierse: Herr Fip, es gibt politische Bereiche, in denen diese Stadt hinter den Erkenntnissen, die sie hat und die Sie gerade vertreten haben, zurückbleibt. Ich meine z.B. die Unterbringung von Flüchtlingen, von Asylbewerbern. Sie haben gerade geschildert, wie schnell Kinder in der Lage sind, mit kulturellen Unterschieden zurechtzukom-

men. Aber es gibt Problematiken wie in der Discothek »Cincinnati«, in den Unterküften im »Get Crazy«, im Hotel »Niedersachsenhof«, wo Leute unterschiedlichster Kulturen nur zusammenleben, weil sie nach dem Asylrecht dort zunächst ihr Bleiberecht bekommen, ohne daß die Stadt für die Entschärfung solcher Brennpunkte sorgen würde. Gott sei Dank, ist Osnabrück bislang nicht »Mölln« oder »Hoyerswerda« gewesen. Trotz der Kenntnis dieser Problematik tun Sie nichts!

Hans-Jürgen Fip: Es gibt einige Dinge, die unbefriedigend sind. Wenn Sie aber weiter zurückschauen: Ich kann mich an Einrichtungen erinnern, die aus Containern bestanden. Wir haben im Schinkel Anmietungen in Hotels ganz anderer Art gehabt, als die, die Sie ansprechen. Insofern haben sich die Verhältnisse schon entscheidend gebessert. Unter den obwaltenden Umständen haben wir in der Unterbringung und bei der Auswahl und Herrichtung der Quartiere Fortschritte erzielt, so daß es hier in Osnabrück im Vergleich zu anderen Städten keine Defizite gibt.

Nina Tschierse: Der etwa ein Jahr alte Bericht des Vereins »Exil« zeigt große Mißstände auf; kritisiert werden die Lebensbedingungen, unter denen zwanzig Personen, die ganz unterschiedliche Koch- und Eßgewohnheiten haben, auf engstem Raum zusammenleben müssen. Wenn jemand aus einer fremden Kultur hier nicht wahrgenommen wird, dann wird er sich an das klammern, was ihm bleibt!

Hans-Jürgen Fip: Wegen dieser Mißstände haben wir in Hellern die Unterkunft »Get Crazy« aufgelöst. Ich muß hinzusetzen, daß wir hier an den Grenzen dessen sind, was wir leisten können. Man muß natürlich akzeptieren, daß beispielsweise einige Gemeinschaften, die sich gebildet haben, aufgehoben werden, weil im Zuge einer Neuorientierung durch Quotenregelung auf Landesebene neue Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen wurden. Da gibt es Probleme, weil man sagt: »Behaltet die doch zusammen, die haben sich angefreundet«. Aber wir sind darauf angewiesen, daß die Quote sich im Landesdurchschnitt verteilt.

Nina Tschierse: Herr Konya, gibt es eigentlich unter Ausländern eine »Rangordnung«? Gibt es die Migranten, also die Gastarbeiter, die Kinder aus den europäischen Kulturen, die weitgehend integriert sind? – »Italienisch« ist als Lebensstil längst »in«. – Gibt es demgegenüber tiefer in der Rangordnung jene, die weniger Rechte haben? Sie haben gesagt: Vor allem schnelle Einbürgerung und gleiches Wahlrecht seien die Schlüssel dafür, daß Ausländer, daß Migranten hier gleich behandelt werden.

Ramis Konya: Migranten werden als ganz normale Menschen auch von der Medienlandschaft beeinflußt – sie sehen deutsches Fernsehen. Als die Berichte in den Medien über Asylsuchende und Flüchtlinge ihren Höhepunkt erreichten – mit Schlagworten wie »Asylantenschwemme«, »Das Boot ist voll«, »Wirtschaftsflüchtlinge« usw. – gab es ein bedrohliches Konkurrenzgefühl bei den Migranten ebenso wie bei Einheimischen. Viele Migranten haben geglaubt: »Die kommen jetzt und nehmen uns die Wohnung weg«.

Tatsächlich gibt es bei den Migranten eine gewisse rechtliche Rangordnung. Bei der Arbeitssuche kann ein Migrant aus einem Nicht-EU-Land einen Arbeitsplatz nur einnehmen, wenn für diesen Arbeitsplatz erstens kein Deutscher, dann kein EU-Bürger und dann keiner, der eine besondere Arbeitserlaubnis hat, zur Verfügung steht. Es ist wie beim Wahlrecht: erst der Deutsche, dann der Europäer, dann alle anderen. Das mag im

ersten Moment viele nicht beunruhigen. Aber ich halte das für sehr konfliktrichtig, weil die heranwachsende Generation uns fragen wird: Was habt Ihr mit unseren Eltern gemacht? Und dann wird es zu spät sein, wenn wir heute nicht reagieren.

Wenn hier jemand groß wird, etwa im Marienhospital geboren, zum Kindergarten, zur Schule gegangen ist, sein Abitur gemacht hat und studiert, und dann auf jemanden trifft, der versucht ihn auszugrenzen, dann ist das Konfliktstoff! Ich denke, es ist unser aller Aufgabe, keine Kategorisierung innerhalb der Migrantenbevölkerung, also unter den Einwanderern, vorzunehmen, sondern sie alle gleichzubehandeln. Das wäre das Ziel.

Nina Tschierse: Dr. Tenfelde, hat in Ihren Augen die Verschärfung des Asylrechts – daß schneller über ein Bleiberecht entschieden wird – ein wenig mehr Ordnung geschaffen? Hat das die Problematik der Rangordnung ein bißchen entschärft?

Rainer Tenfelde: Ich glaube nicht, daß das darauf Auswirkungen gehabt hat. Ich sehe das Problem im Abdrängen von ausländischen Mitbürgern in Randgruppen. Innerhalb von Randgruppen entsteht das Bedürfnis, Rangordnungen herzustellen, andere zu finden, denen es noch schlechter geht, besonders stark. Wenn wir zulassen, daß ausländische Mitbürger in diese Stellung geraten; dann kommt es zu Problemen. Wir haben in Osnabrück diese Auseinandersetzung zwischen türkischen Jugendlichen und Aussiedlerjugendlichen. Das kann man beklagen und sagen: »Das ist ja schrecklich. Was sind das für Men-



schen, die sich da hauen?« Aber ich glaube, das reicht nicht. Man wird sich Gedanken darüber machen müssen, in welche Situation wir die Betroffenen gebracht haben, so daß es zu diesen Problemen gekommen ist. Ich meine, daß mehr getan werden muß, um dieses Abdrängen in die Randgruppenstellung zu vermeiden.

Publikum: Herr Tenfelde, ich kenne die Gruppe aus den Medienberichten; das sind etwa 40 Jugendliche. Sie kriminalisieren alle anderen Ausländer, indem Sie verallgemeinern! Das passiert auch in den Medien: Wenn ein türkischer Mitmensch auf jemanden eingestochen hat, dann steht in der Zeitung: »Türke ersticht seinen Vater«. Wenn es aber unter Deutschen passiert, dann heißt es: »Eine Familientragödie«. Ich verurteile es natürlich, daß ein Mann seine Frau schlägt, aber auch, daß man das auf alle Ausländer überträgt. Hier leben etwa 4.000 Türken und etwa 16.000 Ausländer. Es ist nicht fair, daß man diese Menschen mit bestimmten Randgruppen in Zusammenhang bringt. Die Menschen leben hier seit 30 Jahren sehr friedlich.

Rainer Tenfelde: Ich habe davor gewarnt zuzulassen, daß jugendliche ausländische Mitbürger in eine Randgruppenposition geraten. Ich habe appelliert, daß wir gerade in diesem Bereich sehr viel tun müssen, um dieses Abdrängen oder Hineingeraten in eine Randgruppenposition zu vermeiden. Das war mein Anliegen. Wenn ich das falsch formuliert habe, tut es mir leid.

Publikum: Ich habe die persönliche Erfahrung gemacht, daß wir etwa 1955, vor über 30 Jahren, sehr viel Arbeit und sehr wenig Arbeitskräfte gehabt haben. Wir haben nicht das Recht, diese ausländischen Mitbürger, die hier seit 30 Jahren arbeiten und leben, nach Hause zu schicken. Der Zündstoff der ganzen Diskriminierung der Nicht-Deutschen ist einfach: Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse schlecht sind, haben wir nicht das Recht, unsere ausländischen Mitbürger, die hier seit 30 Jahren leben und arbeiten, einfach nach Hause schicken!

Nina Tschierse: Das wollten Sie einfach als Gefühl mal anmerken!/? Vielen Dank.

Publikum: Herr Tenfelde, ich versuche mich kurz zu fassen. Erste Frage: Warum haben Sie zweimal im Rat gegen das Ausländerwahlrecht gestimmt?

Rainer Tenfelde: Die Frage ist nicht so kurz zu beantworten, wie Sie sie gestellt haben. Das Ausländerrecht und die Frage des Ausländerwahlrechts sind ein sehr komplexes Thema. Wenn man Einbürgerung fördern will und wenn man politische Verantwortung in beiden Bereichen für notwendig hält, dann muß man daraus bestimmte Konsequenzen ziehen. Wir kommen zusehends in den Austausch parteipolitischer Meinungen hinein, wenn wir auf dieser Ebene dieses Frage-Antwort-Spiel betreiben. Sie kennen doch die Positionen der CDU. Soll ich die hier wiederholen?

Publikum: Damit ist meine zweite Frage beantwortet: Sie teilen die Position von Herrn Lummer, der ja auch bei den Friedensgesprächen schon mal hier war. Er hatte auch gesagt: »Doppelte Staatsbürgerschaft geht nicht. Man muß sich für eine entscheiden, deutsch oder eben nicht-deutsch«.

Rainer Tenfelde: Die doppelte Staatsbürgerschaft halte ich in der Tat für problematisch.

Publikum: Kommen wir zu der wirklich entscheidenden Frage: Ist es die Aufgabe von Soldaten, auf Befehl Gegner und Zivilisten zu töten? Ich glaube, es ist unzweifelhaft, daß dies so ist. Jetzt kommt der Vergleich: Sie haben gesagt: »Zigeuner sind Diebe«. Ist es die Aufgabe von Zigeunern zu stehlen? Es ist ein Fakt, daß der Beruf des Soldaten es mit sich bringt, daß er töten muß. Es ist aber kein Fakt, daß Zigeuner zu sein mit sich bringt, daß er stehlen muß. Können Sie mal darüber nachdenken?

Rainer Tenfelde: Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt: Eine Mehrheit, die nicht differenziert und spezifiziert ist, kann man nicht beleidigen, und man kann diesbezüglich keine Volksverhetzung betreiben. Das hat das Bundesverfassungsgericht an einem konkreten Fall deutlich gemacht, nämlich an dem Zitat: »Soldaten sind Mörder«. Wenn man das jetzt auf andere Bereiche überträgt, dann kann man andere Personenmehrheiten, die man nicht weitergehend differenziert oder spezifiziert, ebenfalls nicht beleidigen, wie z.B. Juden oder Zigeuner oder Ausländer. Das halte ich für fatal. Ich habe nicht über die Funktion von Soldaten gesprochen, sondern – ausgehend von dieser Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes – gesagt, welche Konsequenzen wir als Staat nun daraus ziehen müssen. – Daß wir hingehen und sagen müssen: Wenn es das Anti-Diskriminierungsgesetz nicht gibt, das einen solchen Mißstand korrigiert, dann müssen wir es schaffen. Das war mein Votum.

Publikum: Wir müssen die Ursache benennen: Nelson Mandela, der Freiheitskämpfer, mußte für 28 Jahre im Gefängnis sitzen, weil er ein Schriftstück von der Regierung unterschreiben sollte, worin stand, daß die Schwarzen als Mehrheit überhaupt kein Recht, kein Wahlrecht haben. Es ging in erster Linie um das Wahlrecht. Dafür hat er 28 Jahre im Gefängnis gesessen. Die Sozialdemokraten in Deutschland haben versucht, den Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland das Wahlrecht zu verschaffen. Sie bräuchten eine Zwei-Drittel-Mehrheit, um das Grundgesetz zu verändern. Aber die anderen Parteien haben nicht mitgemacht. Was die Sozialdemokraten nicht geschafft haben, das hat die Europäische Union getan, wenn auch leider nur halb. Wenn jemand behaupten würde, daß die Menschen in Deutschland fremdenfeindlich sind, dann irrt er sich. Das Volk ist nicht fremdenfeindlich. Die Diskriminierung liegt in der Verfassung. Das Gesetz muß geändert werden.

Hans-Jürgen Fip: Daß diese Entscheidung in der Europäischen Union von der deutschen Regierung – vernünftigerweise – mitgetragen worden ist und kurz vorher hier in Osnabrück abgelehnt worden ist, ist ein schwer verständlicher Vorgang. Ich bin dafür, daß wir, wenn wir uns dazu bekennen, eine multikulturelle Gemeinschaft zu sein, dies auch repräsentativ durchgängig machen. Darum bleibe ich dabei, daß auch die Schulen dies in etwa gleicher Weise praktizieren. Eine multikulturelle Gesellschaft zu entwickeln, ist ein dauernder Prozeß, an dem wir arbeiten müssen. Ich bin dankbar, daß beispielsweise das Forum »Miteinander leben« Informationen über die Weltreligionen in Osnabrück herausgegeben hat, weil mit Informationen Vorurteile und Fremdsein abgebaut werden.

Nina Tschierse [zum Publikum]: Sie haben sich vorhin so erregt, als gesagt wurde, daß für Migrantinnen oder Schüler anderer Nationen ein freier Zugang zu den Schulen in Osnabrück gewährleistet ist. Haben Sie andere Erfahrungen?

Publikum: Ja. Ich möchte gerne das Publikum dabei anschauen, wenn ich das darf. Ich möchte nur ganz kurz was sagen, und zwar: Mein Sohn ist deutscher Staatsbürger, hat

aber einen ausländischen Namen. Er wurde von der Lehrerin gefragt: »Roman, woher kommst du?« Da hat er gesagt: »Aus Osnabrück«. Mehr möchte ich nicht dazu sagen.

Publikum: Herr Oberbürgermeister, wenn es bei den Schulen solche Diskrepanzen gibt, was die Schülerzahlen betrifft, und Herr Tenfelde hat deutlich gemacht, welche Rolle die gesetzlich festgelegten Aufnahmebedingungen spielen, da muß ich sagen: Wir haben zwar vier neue Kindergärten in der Stadt Osnabrück geschaffen, von der Mehrheit im Rat getragen. Wir haben auch vierzig neue Erzieherinnen für diese Kindergärten eingestellt. Meines Wissens aber, Herr Fip, ist nicht *eine* Erzieherin ausländischer Herkunft.

Hans-Jürgen Fip: ... ein Defizit, das zu beklagen ist! Es ist angesprochen worden, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert sind – ein Grund mehr, künftig dieser Forderung nachzukommen.

Nina Tschierse: Können Sie sich eine Quotierung vorstellen? Denken Sie darüber nach, sie im Rat einzubringen?

Hans-Jürgen Fip: Hier sind, was die Verwaltung angeht, in bezug auf hoheitliche Strukturen usw. sicher rechtliche Voraussetzungen zu schaffen. Aber es liegt in der Logik des Bekenntnisses zur »multikulturellen Gesellschaft«, sämtliche Strukturen unseres Gemeinwesens entsprechend zu organisieren. Das ist ein Weg, den wir gehen müssen. Wir können von diesem Weg nicht mehr zurück.

Rainer Tenfelde: Quotenregelungen machen mir ein bißchen Probleme, aber wir haben gute Erfahrungen damit gemacht, daß geschlechtsspezifische Benachteiligungen in unserer Gesellschaft Schadensersatzansprüche auslösen. Ich meine, daß wir nachdenken müssen über ein Benachteiligungsverbot hinsichtlich ausländischer Arbeitnehmer. Sie sind in einer schwächeren Position. Sie sind benachteiligt in vielen Bereichen, schon beim Beginn des Arbeitsverhältnisses, beim Vertragsabschluß. Sie haben häufig Probleme mit Kleingedrucktem und Arbeitsverträgen. Und hier muß in der Tat auch der Gesetzgeber tätig werden und die noch bestehenden Benachteiligungen als Gesetzgeber auszuschließen versuchen. Das halte ich für wichtiger als Quotierungsregelungen, die immer problematisch sind.

Publikum: Ich habe eine Bitte an den Oberbürgermeister, nämlich die Einrichtung eines Anti-Diskriminierungsbüros in Osnabrück neu zu behandeln. Diese Forderung ist von den vielen Gruppen gestellt worden, die sich für ein friedliches multikulturelles Miteinander in Osnabrück einsetzen und die wesentlich dazu beitragen, daß wir hier wenigstens eine akzeptable Situation des multikulturellen Zusammenlebens haben. Diese Gruppen haben auf der Grundlage ihrer Arbeitserfahrungen erkannt, daß die Einrichtung eines Anti-Diskriminierungsbüros wichtig ist. Und die Bitte geht an die CDU-Fraktion, ihre ablehnende Haltung in diesem Zusammenhang zu überdenken!

Nina Tschierse: Was sollte das Anti-Diskriminierungsbüro leisten?

Publikum: Das Anti-Diskriminierungsbüro soll Bürgern, die sich in unterschiedlichen Zusammenhängen in ihrem Leben in Osnabrück diskriminiert fühlen, die Möglichkeit geben, Diskriminierungsvorfälle zu melden. Es kann einen Überblick über die Diskrimi-

nierungssituation in Osnabrück verschaffen und Bürgergruppen, aber auch der Verwaltung, der Polizei, die Möglichkeit bieten, aus solchen Vorfällen Schlußfolgerungen zu ziehen und diese konstruktiv in eine neue Politik und ein anderes Verhalten umzusetzen.

Nina Tschierse: Könnte das auch die Gefahr bergen, für den Normalbürger eine Entlastungsfunktion zu erhalten, der dann sagen könnte: »Okay, da haben wir so ein Büro. Es geht mich nichts mehr an«?

Publikum: Ich glaube nicht, daß diese Gefahr besteht. Erst einmal ist es wichtig, zu sammeln und zu wissen, welche Diskriminierungen vorkommen, damit man daraus Strategien entwickeln kann.

Nina Tschierse: Herr Fip, wird es ein Diskriminierungsbüro geben?

Hans-Jürgen Fip: Wir haben ja nicht »nein« zu der »Aktion Courage« gesagt, sondern gemeint: Das kann man ehrenamtlich machen! Wenn Sie fragen, ob es damit Erfahrungen gibt, Frau Tschierse: Im benachbarten Ausland gibt es gute Erfahrungen. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß, wenn so ein Büro eingerichtet ist, die Bürgerinnen und Bürger meinen, sich nicht mehr kümmern zu brauchen, weil das schon organisiert sei. Es gibt aber einen Dissens bezüglich der Finanzierung. Was die Sache selbst angeht, so waren wir zu dem Zeitpunkt, als wir dies entschieden haben, der Auffassung, so etwas ehrenamtlich zu organisieren und nicht hauptamtlich.

Ramis Konya: Da gehen die Meinungen auseinander, auch weil wir als Ausländerbeirat maßgeblich an dem Vorschlag mitgewirkt haben. Uns ging es darum, die Osnabrücker Bevölkerung zu informieren, sensibel für bestimmte Themen und Problematiken zu machen und kommunalpolitisches Handeln zu ermöglichen. Es ging bei diesem Vorhaben darum, einer institutionellen Diskriminierung vorzubeugen. Was auf der Straße passiert, ist die Spitze des Eisberges. Was in den Verwaltungen, in den geschlossenen Räumen passiert, wie die Nicht-Deutschen etwa bei der Vergabe der Wohnungen oder im Wartezimmer behandelt und diskriminiert werden – darum ging es auch. Die Personen, die hinter den Schreibtischen arbeiten, zu informieren, aufzuklären, zu sensibilisieren – dazu braucht man keine ehrenamtlichen, sondern fest angestellte, professionelle Leute.

Publikum: Heute abend ist klar geworden, daß es sehr vielschichtige Probleme für die Gruppe der Ausländer hier im kommunalen Bereich gibt. Das Ende der Leiter ist das kommunale Wahlrecht oder die Einbürgerung, und am Anfang der Leiter sind diejenigen, die einfach nur hierbleiben wollen. Dazwischen ist vieles an sozialen Leistungen, die die Bundesrepublik den Ausländern verwehrt. Man muß sich vergegenwärtigen, daß soziale Leistungen wie das Kindergeld oder das Erziehungsgeld einer großen Gruppe von Ausländern überhaupt nicht gewährt werden. Das sind all jene, die als Flüchtlinge hier sind oder mit einem humanitären Bleiberecht in der Bundesrepublik leben. Da wird die Kommune sagen: »Das hat der Bundesgesetzgeber so bestimmt, da gibt es wenig Einwirkungsmöglichkeiten für uns«. Ich denke, daß die Kommune dennoch in der Lage ist, in dem Bereich, wo es um soziale Leistungen geht, guten Willen zu zeigen.

Wenn es um Bekleidungshilfe für den Winter geht und die Stadt Osnabrück dann – ohne daß das durch Landes- oder Bundesgesetzgebung vorgegeben wäre – sagt: »Diese Flüchtlinge verweisen wir auf die Kleiderkammer des Deutschen Roten Kreuzes«, dann

muß man sich doch fragen: Welche Intention steckt dahinter? Man kann nur zu dem Ergebnis kommen, daß ganz zielgerichtet eine bestimmte Gruppe von Flüchtlingen ausgegrenzt werden soll. Kostenersparnisse oder sonst sinnvolle Folgen sind für die Kommune damit nicht verbunden.

Nina Tschierse: Woher kennen Sie sich so gut aus?

Publikum: Die Sprache kam schon darauf, ich bin Vorstandsmitglied des Vereins »Exil«.

Nina Tschierse: Und Sie haben erlebt, daß die Leute das als Diskriminierung empfinden?

Publikum: Die Leute kommen in die Beratung und sind konsterniert, weil sie im Wohnheim feststellen, daß ihre Mitbewohner zum Sozialamt gehen und 280 Mark bekommen, für die sie in normalen Geschäften Bekleidung erwerben können. Sie aber werden darauf verwiesen, sich bei der Kleiderkammer des Deutschen Roten Kreuzes mit gebrauchter Kleidung einzudecken.

Nina Tschierse: Das verstärkt das Rangordnungsgefühl, führt zu Unstimmigkeiten. Herr Fip, dazu?

Hans-Jürgen Fip: Lassen Sie mich deutlich sagen: Wenn die abgegebenen Spenden dem Zweck entsprechend in Ordnung sind, ist es natürlich durchaus akzeptabel, daß diese Kleidungsstücke die Menschen vor Kälte schützen.

Publikum: Es ist in keiner Weise für die Stadt teurer, die Flüchtlinge selber entscheiden zu lassen, ob sie sich gebrauchte Kleidung beim Deutschen Roten Kreuz holen oder ob sie sich irgendwo Kleidung in anderer Weise besorgen!

Hans-Jürgen Fip: Aber es geht doch um Leistungen finanzieller Art. Die Bürgerinnen und Bürger sind ja nicht eingeteilt in ein Drittel Kommune, ein Drittel Land, ein Drittel Bund, sondern sind insgesamt die Refinanzierungsquelle öffentlicher Leistungen. Es ist schon notwendig, über Sinn und Unsinn manchmal nachzudenken. Wenn ein Problem gelöst werden kann, indem Kleiderkammern durch Caritas oder Rotes Kreuz gefüllt werden, und die Kleidung in Ordnung sind, dann ist es aus meiner Sicht vernünftig, sie dahin zu bringen, wo sie gebraucht werden können. Wir können nicht so sicher sein, in den nächsten Jahren unsere Vision oder unser Projekt der multikulturellen Gesellschaft umzusetzen. Die Rahmenbedingungen werden in den nächsten Jahren schlechter werden, das gilt für die Bundesrepublik ebenso wie für die Europäische Union und natürlich auch für die Städte und Gemeinden. Der Bund hat sich im Rahmen der Kürzungen des Arbeitsförderungsgesetzes ständig von Leistungen befreit, die in ihren Wirkungen insbesondere jene Strukturen betreffen, die wir hier diskutieren. Weil sich dies als Abgang von Besitzstand, als Senkung des Lebensstandards ausweiten wird, werden wir in den nächsten Jahren eine zunehmende Diskussion darüber haben, wer für was verantwortlich ist. Wir müssen uns immer wieder ermahnen, einen kühlen Kopf zu bewahren und zu vermeiden, daß Bilder entwickelt werden, die langfristig wieder eine Anti-Ausländer-Stimmung schüren. Es ist schon richtig, zu sagen, daß diejenigen, die im Schloßgarten oder an der »Bremer Brücke« oder wo auch immer mit Schlägern und Drogen hantieren, keine Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, wie wir sie hier in Osnabrück seit vielen Jahren ken-

nen. Da dringen von außen Mafiastrukturen ein, die von ausländischen Kulturen und Gewaltbegriffen bestimmt sind, die aber mit diesem Thema hier nichts zu tun haben.

Was die Frage der Zusammenarbeit angeht, will ich auch an die Adresse des Ausländerbeirates und all jener, die hier organisiert sind, den Begriff des Vertrauens wiederholen. Ich denke, daß wir uns aufeinander verlassen können und daß wir im Rat insgesamt alles, was wir politisch tun können, in die Waagschale werfen – auch was Verfassungsrechte, Grundrechte und Vorstellungen vom Leben, die wir als Teil unserer Kultur entwickelt haben, angeht. Diese wollen wir teilen mit den Menschen, die hier leben und das ebenfalls verteidigen wollen. Wir, die wir in der Politik sind, müssen uns beim Wort nehmen lassen, dafür zu kämpfen, daß das so bleibt!

Nina Tschierse: Herr Konya, ich würde Ihnen gerne das Schlußwort geben. Sie haben viele Forderungen aufgestellt. Sie haben Einwände und Antworten gehört. Herr Fip hat gesagt: Alle sind guten Willens. Sind es nicht oft die kleinen Dinge, die kleinen politischen Entscheidungen, die das Zusammenleben so unendlich schwierig machen? Ich habe eben das scheinbar kleine Problem gehört: Kann man seine Kleidung selber kaufen, auf Warengutschein, oder bekommt man sie aus der Kleiderkammer? Ist es nicht die kleine Alltagsdiskriminierung, die es so schwierig macht?

Ramis Konya: Das ist in der Tat so. Aber ich muß sagen, daß wir immer dabei sind, solche Mißstände aufzudecken und gemeinsam, ohne uns gegenseitig verletzen zu wollen, abzustellen. Wir haben erfahren, daß es für die Betroffenen sehr diskriminierend, weil menschenverachtend ist. Es gibt viele Angebote oder Initiativen, von privater Seite oder freien Trägern, auch die Stadt selbst, die das Zusammenleben möglichst reibungslos zu gestalten bestrebt sind. Aber unsere Aufgabe müßte es sein, das Optimale im Leben zu erreichen.

Wenn mein Vater erzählen würde, wie er nach Deutschland gekommen ist... Er war am Samstag hier, ohne ein Wort Deutsch zu können, und Montag mußte er sofort arbeiten. Man muß sich einmal vorstellen, was für eine Last diese Leute auf ihren Schultern getragen haben.